



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V.

Aktuell seit 05.01.2026 13:14:32

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001630
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	05.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	09.05.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Annastraße 67 50968 Köln Deutschland Telefonnummer: +492219346740 E-Mail-Adressen: information@kalk.de Webseiten: <u>www.kalk.de</u>
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardstraße 12 - 16 10117 Berlin Telefonnummer: +492219346740 E-Mail-Adresse: information@kalk.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

240.001 bis 250.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Kai Schaefer**

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

2. Dr. Burkhard Naffin

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

3. Martin Ogilvie

Funktion: Hauptgeschäftsführer

4. Alexia Spieler

Funktion: Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Martin Ogilvie****2. Philip Nuyken****3. Dominik Fecker****4. Dr. Alexander Schmithausen****5. Dr. Klaus-Ruthard Frisch****6. Martin Ogilvie****7. Alexia Spieler****Gesamtzahl der Mitglieder:**

81 Mitglieder am 30.09.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.
2. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
3. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
4. Energiedialog 2050
5. Energieintensive Industrien Deutschland (EID)
6. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V.
7. DIN e. V.
8. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Ländlicher Raum; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. engagiert sich als Vertretung der Kalkindustrie in Deutschland gegenüber Politik und Behörden und versteht sich als Partner der Öffentlichkeit, Wirtschaft, Wissenschaft. Dabei treten wir in direkten Kontakt mit politischen Akteuren der Bundesregierung und des Bundestages und stellen diese Verbindung zu unseren Mitgliedern her.

Zu seinen Hauptaufgaben zählt die zielgerichtete Interessenvertretung und Kommunikation mit der Gesetzgebung, um die Interessen der Kalkindustrie sachgerecht zu vertreten. In direkten Gespräch und mit Schreiben wie Positionspapieren und Stellungnahmen informiert der BVK und macht Vorschläge (aktiv und reaktiv) für wettbewerbsfähige Energiekosten, den Abbau bürokratischer Hürden, die Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung, sachgerechte Umweltstandards, effektiven Klimaschutz u. a. durch aktives Carbon Management und negative Emissionen sowie für allgemein angemessene wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Carbon Leakage.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Rechtliche Ermöglichung von Carbon Management

Beschreibung:

Carbon Management ermöglichen und politisch fördern. In diesem Zusammenhang wirbt der BVK dafür, dass im Rahmen gesetzlicher Regelungen (KSpG, London Protokoll Art. 6, TA Luft, Hohe-See-Einbringungsgesetz) die Möglichkeit geschaffen wird, CO₂ an Industrieanlagen abzuscheiden und zu Speichern bzw. Abnehmern zu transportieren. Zudem setzt sich der BVK dafür ein die Speicherung in Deutschland zu ermöglichen. Weiterhin soll der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur gefördert werden. Die Lobbyarbeit erfolgte auch während des Bundestagswahlkampfes 2025.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 27.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]; HoheSeeEinbrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2504250013 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2504250014 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2504250015 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2509110011 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

5. SG2509110012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Anerkennung von CCS im Europäischen Emissionshandel**

Beschreibung:

Der BVK setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass jede abgeschiedene Tonne CO₂ im Rahmen der Monitoringverordnung des EU ETS als volle geminderte Tonne gewertet wird. Solange es keine rechtliche Regelung zur Integration bzw. dem Umgang mit negativen Emissionen im EU ETS gibt, sollte die Gesamtminderung auf den Anteil fossiler Emissionen aller berichteten Emissionen (vgl. Art. 49 sowie Erwägungsgrund 18 MVO) begrenzt sein. Dies ist notwendig, damit Unternehmen innerhalb des EU ETS Klimaneutralität erreichen können und damit den regulatorischen Erfordernissen des Instrumentes nachkommen können.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

3. **Stärkung des Bund-Länderpaktes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren**

Beschreibung:

Der Bund-Länderpakt ist ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Damit die Vorschläge Wirksamkeit entfalten sollte der Vollzug der Regelungen stärker in den Fokus rücken.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; PlanSiG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

4. **Änderung der Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD**

Beschreibung:

Die Erarbeitung und Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD beinhaltet über 1.000 Berichtspunkte. Dies stellt Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Daher sollten die Kriterien des Anwendungsbereichs nach oben angehoben werden. Zudem sollten die Berichtspflichten überarbeitet und auf praxistaugliches Niveau reduziert werden. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

5. Erarbeitung der EU-Directive on Soil Monitoring and Resilience

Beschreibung:

Der Zustand der Böden innerhalb der EU soll verbessert werden. Die Ausgestaltung sollte praxistauglich sein und die Förderung von Rohstoffen nicht unnötig erschweren.

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. Senkung der Stromkosten

Beschreibung:

Der BVK setzt sich für die Senkung der Energiekosten ein. Konkret wird eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf der EU-Mindestmaß sowie die Reduzierung der Netzentgelte gefordert. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

7. Stärkung der Transformationsförderung - Klimaschutzverträge und Leitmärkte

Beschreibung:

Der BVK setzt sich zur Förderung der Transformation für die Instrumente Klimaschutzvertrag und Leitmarkt ein. Der KSV soll die Angebotsseite unterstützen und Kalkunternehmen Investitionen in die tiefgreifende Transformation ermöglichen, die sonst nicht getätigt werden können. Der Leitmarkt soll die Nachfrage nach klimafreundlich produzierten Produkten stärken. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504280015 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

8. Rechtliche Ermöglichung von negativen Emissionen

Beschreibung:

Der BVK setzt sich dafür ein, negative Emissionen durch maritime Entnahmemethoden zu rechtlich zu ermöglichen. Dazu braucht es eine Änderung des Hohe-Einbringungsgesetzes, denn aktuell ist es verboten alkalische Materialien ins Meer einzubringen. Um die CO₂-Entnahmewirkung von Kalkprodukten im Meer testen zu können, muss die zu Forschungs- und klimapolitischen Zwecken erlaubt werden. Das Anliegen wurde auch im Bundestagswahlkampf 2025 vertreten.

Betroffenes geltendes Recht:

HoheSeeEinbrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. Beibehaltung der EU-Energiesteuerrichtlinie

Beschreibung:

Die EU-Kommission strebt seit 2019 eine Novellierung der EU-Energiesteuerrichtlinie an. In den Verhandlungen setzt sich der BVK bei der Bundesregierung dafür ein, dass die bisherige Regelung für mineralogische Prozesse unverändert beibehalten wird.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

10. CO₂-Speicherung in Deutschland ermöglichen

Beschreibung:

Der BVK setzt sich dafür ein, dass CO₂ in Deutschland, an Land und auf See, gespeichert werden kann. Dafür braucht es den rechtlichen Rahmen, der in Teilen durch die Novellierung des HSEG geschaffen werden soll. Zudem sollten Planung- und Genehmigungsverfahren möglichst vereinfacht und beschleunigt werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 21.08.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

HoheSeeEinbrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509160011 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. CO2-Export rechtlich ermöglichen

Beschreibung:

Der BVK wirbt dafür, den Export von CO₂ zum Zwecke der Speicherung rechtlich zu ermöglichen. Aufgrund fehlender entwickelter Speicher in Deutschland, ist es notwendig CO₂ im Ausland zu speichern. Andernfalls werden gewisse Industrien, wie die Kalkindustrie aufgrund ihrer unvermeidbaren rohstoffbedingten CO₂-Emissionen, daran gehindert, klimaneutral zu produzieren.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zu den Entschlüssen LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 und LP.5(14) vom 11. Oktober 2019 über die Änderung des Artikels 6 des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (Londoner Protokoll) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 21.08.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

12. Umsetzung der IED in nationales Recht

Beschreibung:

Umsetzung der IE-Richtlinie in nationales Recht. In diesem Zuge werden wesentliche Fachgesetze angepasst die für die Kalkindustrie relevant sind. Zu nennen ist insbesondere das BImSchG. Die Umsetzung betrifft insbesondere die Genehmigung und den Betrieb von Industrieanlagen.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU)

Datum der Veröffentlichung: 16.07.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BergRVÄndV [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; BImSchV 41 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512220054 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

2. SG2512220056 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

13. **Finanzierung und Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben**

Beschreibung:

Zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben sollen nach dem Entwurf einige Fachgesetze angepasst werden. Die beschleunigenden Elemente sollen nach dem BVK ausgeweitet werden auf die Rohstoffindustrie.

Betroffenes geltendes Recht:

UVPG [alle RV hierzu]; UmwRG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV
hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512220043** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

14. **Einführung, Erweiterung und Weiterentwicklung des Industriestrompreises**

Beschreibung:

Der BVK setzt sich für folgende Punkte ein:

- Adressatenkreis: Auch die "nur" abwanderungsgefährdeten Branchen (KUEBLL RN 405 b) sollten in den Anwendungsbereich des CISAF aufgenommen werden.
- Wettbewerbsschutz: Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Transformation durch Elektrifizierung sind Stromkosten von 40 bis 60 €/MWh inkl. aller staatlich induzierter und regulierter Preisbestandteile notwendig.
- Laufzeit: Der Beihilferahmen sollte unbefristet gelten, bis ein dauerhaft wettbewerbsfähiges Strompreinsniveau erreicht ist.

Gegenleistungen: Ökologischer Gegenleistungen (z.B. Investitionsvorgaben) sind im Rahmen von Entlastungsmaßnahmen allgemein nicht sinnvoll, da diese den Entlastungseffekt verringern. Auf Gegenleistungen sollte verzichtet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

15. **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch das Klimaschutzprogramm**

Beschreibung:

Der BVK setzt sich im Rahmen des Klimaschutzprogramms u. a. für einen Industriestrompreis, sinkende Strom(system)kosten, Differenzverträge, Leitmärkte, Abbau von Bürokratie und Beschleunigung von Verfahren, ein Bürokratiemoratorium, Anerkennung negativer Emissionen, den Aufbau und die Absicherung einer CO2-Infrastruktur, Carbon Leakageschutz ein.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.400.001 bis 2.410.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Lhoist Germany Rheinkalk GmbH
2. Fels-Werke GmbH
3. SCHAEFER KALK GmbH & Co. KG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2024-Ergebnisrechnung-BVK.pdf